

Meldung Wirtschaftsumfeld | Ghana | Währung, Inflation

Einführung des Eco erst im Jahr 2027

Die Einführung einer einheitlichen Währung für die ECOWAS wurde erneut verschoben. Dies beschlossen die Mitgliedsstaaten bei einem Treffen in Ghana.

02.08.2021

Von Eleanor Mensah (GTAI-Ortskraft in Accra/Ghana), Corinna Paffgen | Accra

Seit Langem schon streben die 15 Mitgliedstaaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) neben einer Zollunion eine Währungsunion an. Im Juni 2019 hatten sich die ECOWAS-Mitgliedsstaaten bei einem Gipfeltreffen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja grundsätzlich auf die Einführung einer gemeinsamen Währung geeinigt und entsprechende Konvergenzkriterien festgelegt.

überraschenderweise wurde dann im Dezember 2019 von Frankreich und den acht UEMOA-Staaten (Union économique et Montaire Ouest Africaine) verkündet, dass die neue Währung Eco den CFA-Franc 2020 in den folgenden Staaten ablösen soll: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo. Diese Erklärung wiederum uberrumpelte die anglo- und lusofonen ECOWAS-Staaten, denn es widersprach den zuvor getroffenen Entscheidungen.

Durch die Covid-19-Pandemie wurde der Start des Ecos in den acht CFA-Franc-Ländern jedoch verschoben. Auf dem ECOWAS-Gipfel Ende Juni 2021 in der ghanaischen Hauptstadt dann die erneute Kehrtwende: Alle Mitgliedsstaaten einigten sich erneut darauf, den Eco als einheitliche Währung in 2027 für alle ECOWAS-Staaten einzuführen. Es bleibt abzuwarten, ob die Einführung diesmal realisiert werden kann.

Mehr zu:

Ghana / CEDEAO/ECOWAS
Währung, Inflation
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Samira Akrach

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 238

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

EINFÜHRUNG DES ECO ERST IM JAHR 2027

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.